

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 s. 1/2jährlich 1.50 s. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschickbar, kostet monatlich 10 s. 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Jorgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Geißestraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle-Saale.

Insertionsgebühren: für die 6spaltigen Zeilen, oder deren Raum 15 s. für Wohnungs-, Vereins- und Veranlagungsanzeigen 10 s. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 s. Interesse für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 1/10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein. Eingetragen in die Postzeichnungsliste unter Nr. 7206.

Nr. 242

Freitag den 16. Oktober 1896.

7. Jahrg

Der Boykott gegen die Brauereien von H. Freyberg und C. Bauer muß bei nachhaltiger Beachtung mit dem Siege der Arbeiter enden!

Tagesgeschichte.

Eine neue Verordnung über die Feilhaltung des Sonntags soll am 1. November in Berlin eingeführt werden. Sie enthält u. a. die interessante Bestimmung, daß an Sonntagen in der Nähe von Kirchen überhaupt keine Musik gemacht werden dürfe. Die Berl. Volkstimme bemerkt dazu: „Im wesentlichen dürfte dieser Verbot der oft genannten Kaiser-Wilhelm-Gebärmisstände zu gute kommen. Schon hat man verlangt, daß die Musik in benachbarten Parkanlagen verboten werden solle, wenn die Glocken dieser Kirche läuten; an der Hand dieser neuen Bestimmung kann die Polizeibehörde die Sonntagskonzerte des Zoologischen Gartens, des populären Garten-Clubfests der Reichshauptstadt, einfach verbieten. Scherz wird man es begreifen können, was es einem leertlebenden Kirchengebäude schaden kann, wenn in seiner Nähe ein Konzert stattfindet.“

Bei den heffischen Landtagswahlen ist nun außer den Genossen David und Haas auch noch der Reichstagsabgeordnete Ulrich als heffischer Landtagsabgeordneter gewählt.

Altiengeseilschaften und Sozialdemokratie. Der Zeit dem Naumannschen Organ für nationalen Sozialismus, schreibt ihr Berichterstatter vom Gothaer Parteitag der Sozialdemokratie folgendes:

Wir führen von unserem Quartier in Gotha aus erst ein Ständchen Weges mit der elektrischen Bahn. Wollen Sie auch nach Siebelen? fragt der Kondukteur. Ja, Ach, lieber Herr, dann legen Sie sich auf und ein Wort ein. Wir haben nämlich von früh 6 bis abends 10 Uhr Dienst und erhalten dafür 65 W. monatlich. Sonntags dürfen wir dafür noch bis nachts 12 1/2 Uhr weiterfahren. Wer zahlt Sie denn so schlecht? Die Altiengeseilschaft, der die Bahn gehört. Ja, ja, ich ginge gerne mit Ihnen nach Siebelen und alle meine anderen Kollegen aus.“ Ich stieg aus und hatte meine eigenen Gedanken von Altiengeseilschaften, Sozialdemokratie etc.

Wieder einer. Kolonialdirektor Kayser hat sein Abschiedsgelächter, dessen Genehmigung bevorsteht. Die Angriffe aus dem Lager der Peters, Arens, Arnim und Schröder sollen nicht der sachliche Grund des Rücktritts sein; die besondere persönliche Art dieser Angriffe hat aber wesentlich dazu beigetragen, dem Kolonialdirektor die Luft an seinem Amte zu verleben und nun auf seinem Abschiedsgelächter zu bestehen, das er schon wiederholt eingereicht hat. Diesmal sind die Versuche, ihn zum Bleiben zu bewegen, erfolglos gesehen.

Gegen den sozialdemokratischen Wahlsegen in Offenbach scheinen noch allerlei gemerzte Vogelgelein ins Werk gesetzt zu werden. Das Offenb. Abendbl. fragt unterm 10. Oktober: „Was geht vor? Bis zur Stunde, wo wir diese Seiten

schreiben, sind bei am Montag gewählten Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei durch die Wahlkommission von ihrer Wahl noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, wie dies Artikel 29 des Wahlgesetzes vorschreibt. Wir hören nun, daß die Herren der Wahlkommission sich trübselig abwenden, die Wahl vom Montag in ihr Gegenteil umzuwandeln, und daß auf Grund einer ganz nageleusen Auslegung des Artikel 9 des Wahlgesetzes die Wahlmänner ihrer Partei als gewählt zu proklamieren. Es genügt diese Herren nicht, daß die Wahlmänner, wie das bisher fast gelehrt hat, den erforderlichen Steuerabgaben, seien, sie verlangen, daß diese Steuerabgaben für „eigenartliches oder unrichtiges Verhalten“, als welches sie den Arbeitsverdiener nicht anerkennen wollen, zu zahlen sei. Wie gewonnen diese Auslegung ist, zeigt schon die Tatsache, daß die jetzt sich als Wahlmänner beanpruchende Kategorie von Personen seit der Stichtage des Steuerabgabes vom Jahre 1872 unbekannt als Wahlmänner in den offiziellen Wahllisten geführt worden und auch diesmal wieder nicht sind. In in Mainz hat die letzte Kategorie von Wahlmännern schon weimal anstandslos die Abgegebenen gewählt. Auf diese juristische Fiktion ist auch eine Briefkastentüte der gestrigen Offenb. Zeitung zurückzuführen, welche zwei Momente, die sich zum Wohlsfall vernehmen lassen wollen, enthält: „Im übrigen ist es wahrscheinlich, daß die ganze Angelegenheit noch eine sehr überraschende Wendung nimmt, durch welche die Diskussion überflüssig werden dürfte.“ Jawohl, jede Diskussion wird ja überflüssig, wenn die Herren von der Wahlkommission nach ihren Wünschen endgültig entscheiden könnten, und die überraschende Wendung“ würde um so überraschender sein, als die Wähler mit überwiegender Mehrheit erklären wollten, wie wollen nur den natürlichsten Wahlmännern nichts mehr wissen. Nun, wir können auch diesen Streich abwarten, denn das letzte Wort dazu spricht die Kammer selbst.“

Zusland.

Frankreich. Ein profitables Geschäft haben die Geschäftleute in Paris durch den Verkauf des Jaren gemacht. Derselbe hat in Paris allein 1 500 000 Fr. vorausgesehen, wovon allein 80 000 Fr. auf die Reueinrichtung des Pariserhotels entfallen. Der finanzielle Gewinn, den Paris aus den Jarentagen gezogen, beziffert sich auf vier Millionen. Aus einer Aufstellung über die Lebensmittel, welche während der Festtage in den Marktständen verkauft wurden, ergibt sich, daß 435 000 Kilogr. Fische und zwei Millionen Austern abgesetzt wurden.

Bulgarien. Am Dienstag begann in Sofia der Prozeß wegen Ermordung Stambulows. Der Angeklagte stellt sich, nach die Ermordung durch Stambrow, genannt Haliu, Zostanow, genannt Laliu und von Stambrow, mit Hilfe des russischen Agenten vollführt wurde. Von 170 Zeugen fehlen 31. Der Gerichtshof beschloß auf Antrag des Staatsanwalts, den Prozeß zu vertagen und widerspenstige Zeugen event. mit Gewalt vorführen zu lassen. Man wird schon die Sache so einführen, daß der wahre Schuldige unbefähigt bleibt.

Türkei. Der englische Vorkaiser Philipp Currie beschied vor einigen Tagen den in türkischen Diensten stehen-

den Engländer und Marine-General Woods Pascha zu sich auf die Vorkaiser und machte ihm wegen dessen lauter Haltung in der Militärkommission Vorwürfe. Der englische Vorkaiser sagte bei dieser Gelegenheit, es sei unwürdig, daß zwei englische Offiziere (Woods Pascha und Wint Pascha) die Uniform eines Souveräns tragen, für den der Ausdruck Vorkaiser nicht zu stark sei. Woods eingetragene dem Vorkaiser: „Jawohl, ich trage die Uniform des Sultans und gestatte nicht, denselben in meiner Gegenwart zu imitieren.“ worauf Woods Pascha ohne Abbruch Sir Philipp Currie verließ und über den Vorfall im Palaste berichtete. — Die Armenier ließen am Sonntag einen neuen Drohbrief den Vorkaisern zukommen. Sie erklärten in demselben, daß sie mit den zugesagten Reformen nicht zufrieden seien, sondern unbedingt ein autonomes Armenien fordern.

Parteitag in Gotha.

Dritter Verhandlungstag, Mittwoch, den 14. Oktober. Vormittags-Sitzung.

Als Vorsitzender eröffnet 9 1/2 Uhr Vord die Sitzung. Verschiedene Beschlüsse wurden mit eingegangen. Schluß: Berlin soll über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion referieren. Der Referent schloß auf die Erklärung, daß der Bericht bereits vor Wochen veröffentlicht und den Parteigenossen bekanntgemacht worden sei. Da die hierzu nebrigen Anträge bei Punkt 4 (Arbeitsvertrag) behandelt werden sollen, will er erst dann, wenn die zu den Anträgen sprechen. Schmidt-Wagdeburger beantragt, daß der Wagdeburger Antrag, es sollen für gewöhnlich nur 10 viele Abgeordnete an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen, als es das Interesse des Sozialismus erfordert, nicht genügend unterstützt werden ist, so daß er nicht mit zur Debatte steht. Der Antrag ist gestellt worden, um der Partei Kosten zu ersparen. Schon jetzt betragen die Kosten für die parlamentarische Vertretung jährlich 24 000 M.

Erst nachher fragt an, warum bei der Abwählung über die Position der Jungpreiser die Fraktion sich gespalten habe.

Der Herr Abgeordnete den Antrag, welcher verlangt, die Fraktion solle auf Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre hinwirken.

Frohme-Hamburg wendet sich gegen den von Schmidt erwählten Wagdeburger Antrag.

Der Herr Hamburg macht auf die großen Nachteile aufmerksam, welche die Unzufriedenheit in ihrer jetzigen Gestalt für die Seele mit sich bringt.

Mollenhuth-Hamburg: Der Wunsch des Antrag 69, daß die Altersgrenze für Bezug der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werden soll, ist zwar sehr populär, hat aber doch inoffiziell keine Bedeutung, als dadurch der altersschwachen Jüngern der größte Schaden erwiesener würde und den Arbeitern mehr geschadet als genützt wird. Wichtiger als das ist die Festlegung der allgemeinen Uebergangsbefimmungen und Erleichterung der Jubiläumslöhne Erweiterung der Jubiläumrenten. Diese letztere müßte in voller Höhe und an viel mehr Jubilären gezahlt werden, als jetzt. Sie muß so hoch werden, daß die Rentner von ihr leben und über den Winter hinaus durch ein sehr reichhaltiges und interessantes stoffliches Material. Es muß verboten werden, daß die Rent-

macht auf ja so das ganze Dorf verurteilt. Seid's froh, wenn er bald nach'schiffen geht.“

„Ja, es ist schon so“, herrschte der Wirt, der zutraulicher geworden war.

„Und der alte Wefel, der Boten, glaubt an den Schwindel, den euhm der Lehrer vormacht?“

„Nun mischte sich die Wirtin ins Gespräch: „Man möcht's fast meinen, Herr Förster“, sagte sie und rühte näher heran, der Wirtin ist eben unter reichlicher Baurer. Er hat ledig a Stück Vieh, drei Älmen.“

„Woa Bauer, der Herr Wirt.“

„No und da kommt er sich ich so was erlauben und den Quab'n in 'm Stadt' nachfolgen, weil er so wie so in 'm Herrn Benefiziaten sein' hat.“

„Was macht denn der Herr Benefiziat?“ fragte der Förster neugierig.

Der Wirt faßte seine Frau, weil sie schon wieder reden wollte, beim Arm und sagte mit gedämpfter Stimme und mit jenem weichen Tonfall, den er jetzt annahm, wenn er vom Partrikause sprach.

Der Herr Benefiziat hat aus dem Quab'n 'n Geistlichen machen wollen, damit die schwere Stund' von der unehelichen Geburt wieder einigermaßen gut gemacht wird, aber der Boten ist gar a troziger Mensch, der's überhaupt, leider Gottes, mit unger Religion garnicht genau nimmt, und hat erklärt, daß er sich auf ja so was net einläßt. Jetzt tritt ich Sie, Herr Förster, wieder erlaube, meine Ausführungen durch ein sehr reichhaltiges und interessantes stoffliches Material. Es muß verboten werden, daß die Rent-

„Ja, des is ja, des is ja!“ jammerten Wirt und Wirtin im Chöre.

„Göbfort nahm einen großen Schluck und widmete seine Aufmerksamkeit der Wirtin. Sie hatte die Arme übergeschlagen und sah noch immer an der Redewand, wo sie aufmerksamt das Zitterspiel verfolgte. Unbehagen sah sie drein mit übermühtigen Augen, die das volle, runde Gesicht angenehm belebten und ihm mit der feinen Leine stimpfante kleine Schmitzbeine gaben. Die üppigen Brüste und kräftigen Hüften der Früherwachteten verleihten der Schönheit und fügten sich wiederum in die beengende Begrenzung, in das schwarz-sammetene Kleider und den tiefen, braunen Rod. Ein weißbärtiges Tuch, mit silbernen Älmen belegt, schlang sich um den Hals und die Hüfte.“ (Fortsetzung folgt.)

Ein Verrückter.

Kampf und Ende eines Lehrers.

Von Joseph Ruederer.

13) (Nachdr. verb.)

Er betrachtete mit bitteren Gefühlen die Bild häuslichen Friedens und ballte wütend die Fäuste gegen das Herrhaus. Dann schloß er um die Förstler und wanderte ziellos über die hochweisse Lüne. Wüthig bausen sich vor ihm die Felswände auf, die im letzten Schimmer der verschwindenden Mondlicht gespenstig leuchteten waren. Gatt wäre am liebsten tief in die Erde auf dem schmalen Jagsteg hineingestürzt, aber ein fiescher Untergang wehte vom Tale herauf und trug am Ozean des Verderbens ein Geräusch vorbei, das ihn wie ein Ruf vom Leben herauf wehte. „Wüth und lautes Geschrei“ rauschten seltsam vermergt für einen Augenblick aus der Tiefe empor.

„Giltig floß das Geräusch in die gewaltige Schlucht hinein, die sich als schwarzer Rachen zwischen zwei klöppige Berge gebrannt hatte. Dort verschwand es in dem dampfen Brausen des gewaltigen Sturzbaches, des Gais, wie man ihn in der Gegend nannte.“

Betreten hütete der Lehrer zurück. Er hatte erst etwas Gleichmuth vor sich hinaufwandern gefunden, als er diese starke Gebirgswelt vor ihm sah, die nichts von der Niedertracht der unter ihm liegenden Menschheit wußte, jetzt aber rissen ihn diese sonderbaren Punkte, die so geheimnisvoll an ihm vorüberzogen waren, wieder gewaltig ins Thal seiner Sorgen hinab.

Er sah das Wirtshaus erleuchtet. Von dort war also der Raim gekommen, man tanzte und sang noch. Wie? Wenn er jetzt hinunterginge und einige der Bauern aufsuchte, die Zeugen des heutigen Worfalles gewesen waren. Das wäre kein über die Dinge! Erst erwog ihn nach allen Seiten, während er sein Auge ließ auf das Bild in die Tiefe blickte. Endlich aber kam er nach langem Grübeln zu einem Entschlusse und legte von dem Eingang der braunen Schlucht hinweg, eilig den Weg hinunter, den er gekommen war.

„In der Gattin des Wirtshauses ginst es lustig zu. Graue Staubwolken fliegen zu den schmutzigen Zylindern der Petroleum-

lampen hinauf, und unter ihnen bewegte sich ein dunkler Krümel tanzen der Baare beim Klang zweier Fiedeln jugend und brüllend durch den vögelgepöhlten Raum. In den breiten Wandflächen der gewaltigen Zentrallänge lagen ältere Bauern in festlicher Kleider und unterhielten sich. Einige rauchten Pfeifen, die anderen hielten abgemahlte, zerstückte Zigarettenmümmel, die längst keinen Dampf mehr gaben, zwischen den Fingern und redeten dabei zu den Nachbarn hinüber, wieder andere lagen da, die Hände in den Hosentaschen und blickten teilnahmslos an allem in die Kanonen hinein oder um sich hinüber, wo der Förster Göpfort mit den Wirtshausleuten am selben Tische saß, den er schon am Morgen eingenommen hatte.

Auf seiner Stirne waren mittlerweile rote Fiecken hervorgetreten und die verschwommenen Augen liehen wie verdralt. Trotzdem hielt er sich noch recht gut ausrecht und interessierte sich für alles, was in der Stube vorging.

„Ein junges Mädchen, das am Dien neben einem alten Bauern saß und stiftig auf die Wirtshäuser der Hühnerpieler herabblinnte, schien ihm besonders zu gefallen.“

Schon lange hatte Göpfort hinübergeblickt und jetzt fragte er den Wirt, wer die Kleine sei.

„Des is ja die Boten Katt, Herr Förster.“

„Warum tanzt denn der ne?“

„So? Er geht halt noch in die Christenlehr'. Sie ist ja erst siebzehn Jahr.“

„Des is dem Boten sei oanzigs Kind, net?“

„Ja, mei, brummet verlegen der Wirt, wie man's halt nimmt. Herr Förster, der Boten hat ja den Hansk a von der Herrhammer Wirt, die später nach Waldberg's gehiratet hat.“

„So? Hat er den Hansk'n h'alt'n?“

„Ja freilich! Den hat er nach dem Tode von seiner Frau gleich ins Haus g'nommen. Denn der gilt alles, was dem soll ja amal noch etwas W'onderes werden, meint er, der Boten.“

„O, Jessas!“ rief der Förster verächtlich.

Der Wirt stimmte ihm bei.

„Des hat nämlich dem Boten der Lehrer in den Kopf g'setzt, der nicht's als alleweil' nachzugehen, daß er der Quab'n — ja, man muß lachen — 'n Waler werden lassen soll.“

Göpfort lachte unbehändig und schlug auf den Tisch:

„Ja, ha! 'n Waler, 'n Waler! So an Bauersquab'n? Dat ma schp so was Dummes g'budt auf der Welt? Der Lehrer

Hilfsanstalten Kapitalien auf Kosten der Arbeiter aufzubringen und die Kapitalien eine Verpfändungsanstalt für notleidende Junken werden, wie es jetzt hauptsächlich der Fall ist. (Beifall.)
Ebel wendet sich gegen den Rottebühnen Antrag, der unter parlamentarischen Schutz eine ganz neue Umgründung bewirkt würde und zwar eine solche, wodurch in doch jedes Kaufmann im Reichstage im untersten Stufen der Arbeit er nicht nur aufmerksamer, das es falls sich als wichtige Forderung die Gerabsetzung der Bezugsgrenze für die Altersrente auf 60 Jahre anzuwenden. Wichtig ist die Erweiterung und Erhöhung der Zahl der Rentner zu verlangen. Es sei darum die Abhebung des Antrags 69 zu empfehlen. Die Materie des Antrags möge der Kommission übergeben werden.
Kraiger, Königsgberg befragt über den Antrag 97, welcher verlangt, daß gesetzlich die Arbeit auf Bauten, Wägen und in Fabriken dann aufzuheben hat, wenn die Temperatur eine gewisse Höhe erreicht hat. Dadurch sollen die Hitzegefahr, wie sie früher häufig vorgekommen sind, vermieden werden.
Vehmann spricht gegen Antrag 97, der schwere Benachteiligung der Arbeiter im Gefolge haben kann.
Ziele, Halle erwidert die Reichstagsfraktion, erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken den mehr als hundertfachen Rentnerleistungen von der Unfallsrente, die nach ganz mechanischen Grundrissen erfolgt. Insbesondere möchten die Arbeiter, die in der Fabrik- und in der Bauindustrie arbeiten, unter der Hand untersucht werden. Auch die Berechnung der Rente für landliche Arbeiter, die vorübergehend in einem industriellen Unternehmen beschäftigt waren und dort versündigt, deren Rente aber nach ihrem Einkommen als Landarbeiter festgesetzt wird, verdient größte Beachtung.
Schwarz, Land kommt auf den Klagenantrag zu sprechen, der auf dem Titel auf Befehl des verstorbenen Königs bestellter Kommandanten angenommen werden mußte. Ihn das wahr, so müßte eine solche Instruktion aufgehoben und der Kommandant des Gefängnis bestraft werden. Denn im Augenblick der höchsten Not hat der Kommandant nicht nur die Gefangenen zu pflegen, sondern auch die Rente zu zahlen und wenn nicht mehr genügt auf eigene Rechnung bedacht zu sein. Die Seeleute werden bald genug in unsere Reiben eintreten, denn sie fangen an, anständig zu werden.
Sachs, Wismar macht auf weitere Mängel der Unfallversicherung aufmerksam, namentlich müssen verunglückte jugendliche Arbeiter mit einer durchaus unzureichenden Rente vorlieb nehmen. Daraus erwidert empfohlen, die Geschäftsführung der Versicherungen in eine Hand zu legen und zwar in die der Krankenkassen.
Schulze, Königsberg tritt für den Antrag 97 ein. Die Todesfälle unter der Arbeiterklasse sind sehr zahlreich.
Stadthagen, Berlin freut sich, daß einige Punkte aus der Unfallversicherung zur Sprache gekommen sind. Das Unfallgesetz ist aber nicht ein Gesetz zur Behinderung der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber, damit das Gefahrenrisiko ihrer Betriebe, das sonst von ihnen selbst getragen werden müßte, von ihnen genommen wird. Die Versicherung ist ein Geschäft, das nicht ohne Gewinn abgehen kann.
Bismarck, Berlin befragt sich gleichfalls mit den Mängeln der Unfallversicherung, namentlich kommt er auf das schändliche Unwesen der ärztlichen Atteste zu sprechen. Obwohl sich die Zahl der entgeltlichspflichtigen Unfälle von rund 2200 im Jahre 1896 auf über 3000 im Jahre 1897 erhöht hat, die Zahl der dauernd und völlig erwerbsunfähigen von 2250 auf 889 gestiegen. Schließlich kommt es noch hinzu, daß der für dauernd und völlig erwerbsunfähig angesehen wird, dem beide Arme, beide Beine, auch der Kopf noch fehlt. (Zustimmung.)
Schöller, Berlin nimmt noch kurz das Schlusswort zu den beiden anderen Anträgen.
Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags 69 mit Amendement, sowie die Ablehnung der Anträge 96 u. 97.
69. Der Reichstagsfraktion zur Berücksichtigung überweisen bei Beratung der Alters- und Invaliditätsversicherungs-Novelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt, die der Invalidenrente auf 55 Jahre herabgesetzt, der Betrag der Altersrente um 25 Prozent erhöht, die der Invalidenrente um 25 Prozent erhöht wird, wenn sich die Erwerbsfähigkeit um 25 Prozent vermindert hat, sowie daß die Rente weiter erhöht wird, wenn eine weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß dann die Rente um so viel Prozent erhöht wird, wie die Erwerbsfähigkeit vermindert hat. Die Vollrenten soll 75 Prozent des bei völliger Erwerbsfähigkeit erzielten Lohnes betragen.
96. Unsere Fraktion möge im Reichstag beantragen: Es soll alljährlich im Januar eine Arbeitslosenstatistik durch die Reichsregierung aufgenommen werden.
97. Der Reichstagsfraktion solle beschließen, die Reichstagsfraktion zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach welchem um die Höhe, wie sie in diesem Jahre fixiert wurde, vorzubehalten, die Arbeit einzustellen ist, wenn die Temperatur einen bestimmten Wärmegrad erreicht hat. Ausgeschlossen hiervon kann die Hausindustrie werden, weil diese von der Hitze nicht so schwer betroffen werden, als die auf Bauten, Wägen und in Fabriken beschäftigten Arbeiter.
Da Gen. Wismar als Referent für den 4. Punkt der Tagesordnung (Arbeitschutz) jedoch erst eingetroffen ist, nachdem er die Nacht über haben mußte und ihm einige Stunden der Vorbereitung verweigert werden müßten, wurden Punkt 5 (Arbeiter) und Punkt 6 (Londoner Kongress) vorgenommen.
Gen. Wismar tritt in kurzem Worte über den Antrag 97, welcher, wie sie heute geäußert worden und über die hierzu vorliegenden Anträge. Es sind folgende:
64. Parteigenossen in Frankfurt a. M. und in Wandsbeck: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 fordern wir die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit zu bezeichnen und dem Weltfrieden. Als wichtigste Forderung den 1. Mai bezeichnen die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Partitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, mehr als je bisher neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.
65. Parteigenossen des Reiches Niederbairn: Diejenigen Referenten, die am 1. Mai über die Bedeutung des Tages sprechen haben sich nicht entschlossen.
66. Genosse für in Wiesbaden: In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889 u. s. w. Daher macht es der Partitag den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, den Versuch zu machen (mit der Förderung an die Unternehmer betragend), am 1. Mai die Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.
67. Parteigenossen des 4. schafften Reichstagsschwefel: Daß für die Arbeitsruhe am 1. Mai 1897 in nachdrücklichste Weise agitiert und auch für dieses Jahr darauf hingewiesen wird, daß alle, die in der Lage sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu bezeugen, dies durchführen.
100. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 fordert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbesserung und dem Weltfrieden. Als wichtigste Forderung den 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Partitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen, für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.
Antrag 65 scheidet aus, da er nicht genügende Unterstützung findet.
Von mehreren Rednern wird verlangt, daß die Arbeiter mit

wesentlich erhöhten Aufwand bei der Arbeitserhebung darauf bringen, daß der 1. Mai festgelegt wird.
Bismarck, Berlin tritt dafür ein und erwidert, daß die Arbeiter sich dazu bequemen werden, wenn die Organisationen Kraft sind.
Gen. Bismarck ist für Annahme des Antrags 64 und für Ablehnung der Resolution 100, da letztere zu unheimlich ist. Er müßte eben geantwortet werden, daß die Arbeiter, mehr als bisher auf die Arbeitsruhe am 1. Mai hindrängen. Dieser sehen viele Arbeiter nur mit Bewußtsein von der Arbeitsruhe des 1. Mai ab, weil sie noch nicht direkt von der Partei gefördert worden ist. Wenn die Partei glaubt, nicht durch ihren Versuch die Arbeit erreicht wird, solange unsere gewerkschaftlichen Organisationen nicht härter sind. Solange dies nicht der Fall ist, muß Antrag 64 abgelehnt und die Resolution angenommen werden.
Schulze, Berlin: Als Referent wird der Beschluß am besten gefallen, der für volle Arbeitsruhe eintritt. Wir haben es sonst geübt und werden auch nicht davon lassen, was sonst erreicht wird. Wir in Österreich brauchen die Arbeiter, um die Stärke unserer Partei zu prüfen.
Rüller, Kottbus glaubt, wegen die bloße Arbeitsruhe am 1. Mai werden die Unternehmer nicht viel einwenden, nur wenn mit dieser Zeit bestimmte Forderungen, z. B. den Arbeitsstunden, gestellt werden.
Gen. Bismarck, Berlin hält es für ziemlich gleichgültig, ob Antrag 64 oder die Resolution 100 angenommen wird. Die Hauptsache ist, daß durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen die Arbeiter kräftiger gemacht werden, die Arbeitsruhe den Unternehmern diktieren zu können.
Im Antrag auf Abschluß der Debatte wird angenommen.
Im Schlusswort erwidert Gen. Wismar, Berlin um Annahme der Resolution 100.
Bei der Abstimmung wird Antrag 64 abgelehnt, dafür die Resolution 100 angenommen. Die Anträge 66 und 67 sind dadurch erledigt.
Es folgt Punkt 6 der Tagesordnung: **Berichterstattung über den Londoner Kongress.** Zur Beratung steht mit der Tagesordnung.
Parteigenossen des Reiches Delitzsch, Wittenberg: Der Reichstag des Delitzsch Wittenberg Reichstages, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des internationalen Kongresses in London ein Verlangen, welche die fernere Teilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht.
Webel: Im Gegensatz zu den Erwartungen, die man haben dürfte, sind die von sozialistisch organisierten Einländer in Bezug auf Anknüpfung an die Sozialdemokratie zurückgeblieben. Vor einigen Tagen hatten wir jedoch den Tag, daß die englischen Trades-Unionen sich besser an den internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftskongress beteiligen würden. Das ist geschehen. Die Trades-Unionen haben aber mit einer gewissen Mäßigkeit dem Kongress beigesteuert; sie stehen noch nicht auf sozialdemokratischem Boden. Doch neben ihnen haben sich im Laufe der Zeit Arbeiterorganisationen gebildet, die mit der Sozialdemokratie verbunden sind. Die englische Bourgeoisie unterdrückt sich dadurch von der deutschen, daß sie, sobald sie sieht, gewisse Forderungen der Arbeiter lassen sich für die Dauer nicht zurückgeben, nicht so borniert sich ihnen entgegenzustellen, sondern ihnen nachgibt. So wohl in Bezug auf Arbeitszeit als Arbeitslohn.
Gen. Wismar, Berlin: Ich habe den Eindruck, Webel weist Webel auf die veränderte Weltmachtstellung Englands hin durch Entwicklung der japanischen, chinesischen und indischen Industrie. Das hat auch die englischen Bourgeoisie zum Verdruss und den Gedanken des Internationalismus und des Sozialismus zur Anerkennung gebracht.
Gen. Wismar, Berlin: Das die einzelnen englischen Arbeiterorganisationen unter sich rivalisieren. Die Trades-Unionen wurden von den anderen Richtungen verweigert, das verbunden die Trades-Unionen nicht, denn sie ermitteln sich zweifellos sichtbar zum Sozialismus, wenn auch nicht zu erwarten steht, daß sie eine rein sozialistische Partei werden. Wenn sie sind für die gewerkschaftliche Arbeit, was gehörte eine große Bewegung zu haben, die die Haltung der englischen Bourgeoisie zu den Arbeiterkongressen zeigt werden dürfen, der aber durch sein Auftreten auf den zukünftigen internationalen Kongressen unmöglich geworden ist, obwohl er eigentlich der einzige sozialistische Vertreter im Parlament ist.
Webel tritt dem Antrag ein auf den britischen Part mit den Anarchisten, von denen Bismarck sogar als Vertreter einer Konjunktionsgenossenschaft als Delegierter jetzt verlangt. Daß der Part drei Tage der wichtigen Kongresszeit in Anspruch nahm, hätte sollen gar nicht möglich sein, da doch der Londoner Kongress auf Grund der Züricher Resolution einberufen wurde, welche die Anarchisten zu dem Verlassen des Kongresses gezwungen hat. Der Part hat sich gehalten und eine große Bewegung zu haben, die den Anarchisten nicht mehr teilnehmen dürfen. Immerhin konnte der Bericht der drei Tage die schwere Folge, daß die anderen Verhandlungsgegenstände meist in den Sessionen erledigt und nur das über Kopf vom Plenum verhandelt werden mußten. So kommt es, daß eigene Revolutionen, z. B. im Griechenland, den Anarchisten für die Arbeiterkongresse kommen. Wismar, Berlin: Der außerordentlich ist es auch. Dem Beschlusse, daß 1899 der nächste internationale Kongress in Deutschland abgehalten werden soll, ist die deutsche Landmannschaft nach reichlicher Uebertreibung beigetreten. Wir werden uns bemühen, den Kongress... Statte zu bereiten und um einen Vorlauf zu geben, mit dem wir unter unsere Gäste aufnehmen werden.
In die Debatte wird vor der Pause nicht mehr eingetreten.
Schluß 125 Uhr mittags.

Solbrennkung und Mäheprellung haben in der Schaub und Pantoffelfabrik von Mannum a. R. fälschlich Arbeiter die Arbeit niedergelegt.
In der Schaubfabrik von Schuls u. Vöhrich in Kitzingen wurde fälschlich Arbeiter geschäftigt.
In Wons freuten die Bergarbeiter. Die Zahl der Ausgehenden beläuft sich auf 1300. Sie fordern eine Lohnherabsetzung von 20 Proz.
Genossenschaftliche Hilfe a. Z., 15. Oktober 1896.
In Sachen der Bürgerentziehung geht in diesen Tagen die Frist zu Ende, binnen welcher gegen erfolgte Zurückziehung des gegen die Streichung erfolgten Einspruchs die Klage an den Bezirks-Ausschuß in Merseburg gerichtet werden muß. Der Schwerpunkt dieser bedeutungsvollen Angelegenheit liegt darin, daß durch höhere Instanz Stellung genommen wird zu der Frage, ob der Begriff 'Veranlagung' zu beziehen ist auf die Feststellung des Einkommens an sich, oder ob erst nach Berücksichtigung etwaiger gesetzlich berechtigter Abzüge die Veranlagung erfüllt ist. Erst nach Erledigung dieser Hauptfrage wird sich zu der großen Mehrzahl der in diesem Jahre erfolgten Bürgerrechts Entziehungen Stellung nehmen lassen. Wir halten es deshalb für angebracht, daß alle diejenigen, welche das Bürgerrecht bei den Stadtverordneten Wahlen schon ausgedehnt haben und deren Einkommen, ohne daß mit Rücksicht auf die Kinder z. B. hinsichtlich der Besteuerung gestattete Abzug gemacht worden ist, über 600 M. beträgt, sofort ihre Klage (in zwei Exemplaren) an den Bezirks-Ausschuß in Merseburg einreichen. Es ist dabei auch, wenn ein Hinweis auf das vorhandene Beweismaterial betreffs der Höhe des Einkommens gegeben wird, die Beweise selbst darüber jedoch erst im Termin, wo auch die Vertretung anderer Personen übertragen werden kann (hierbei Punkt wird später geregelt), aufzuführen.
In Sachen des Halleischen Abrechnungs hat sich wieder ein Akt abgepielt. Auf Veranlassung des Herrn Wendt beschlagnahmen die Staatsanwaltschaft bei Herrn Knirsch die Hanslisten, die den Händelischen Listen bloß nachgedruckt sein sollten. Das ist bereits der fünfte Angriff des Herrn Wendt auf seinen Konkurrenten. Auf eingeleitete Beschwerde wurde die Aufhebung der Beschlagnahmen verfügt.
Ein Verleumdungsprozeß des hauptsächlichsten der älteren Genossen vom Sozialistengebiet her, bekannten Verleumdungsernters Köhner gegen den hiesigen Gen.-Anz. spielte sich gestern vor dem Schöffengericht ab. Der Gen.-Anz. schrieb, daß Köhner in hiesigen und auswärtigen Zeitungen fortgesetzt unmaßvolle Nachrichten verbreite, indem er die Berichte der hiesigen Zeitungen, insbesondere den Gen.-Anz. in richtiger Weise plündern und dann den auswärtigen Zeitungen bereit gemacht beleidigt und stellte Strafverlangen. Die Verhandlung gestaltete sich aber so belastend für Köhner, daß der Redaktor des Gen.-Anz., Leske, freigesprochen und dem Köhner sämtliche Kosten des Verfahrens auferlegt wurden. Durch die Zeugenausagen ergab sich, daß Köhner in vergebene fandalöser Weise Berichte „gemacht“ hat. Aus der bloßen Aufzählung einer Verammlung stellte er schon den Verammlungsbericht her und übersandte ihn den Vätern. Die Saalzeit, hat sogar einmal einen Bericht von Köhner über eine Verammlung 2 Stunden vor dem eigentlichen Beginn derselben veröffentlicht. Köhner ließ in seinen Berichten in den Verammlung Redner auftreten, die gar nicht anwesend waren, und beprach Zhemas, die gar nicht verhandelt worden waren. Es kam ihm auch durchaus nicht darauf an, seine Berichte vielfach willkürlich zu kombinieren, womit er einmal den früheren Direktor der Halleischen Zeitung, Vehmann, u. s. m. einlegte, daß derselbe befristet wurde. Kurzum, Herr Köhner hat sich als ein Verleumdungsernter herausgestellt, der zu den ungläublichsten Mitteln gegriffen hat, um seine Rechte an den Mann zu bringen. Herr Köhner meinte auch in der Verhandlung, nachdem der Verteidiger des Herrn Leske, Herr Rechtsanwalt Kühne, den Artikel des Volksblattes, der sich mit der „Berichterstattung“ Köhners vor längerer Zeit beschäftigt, vorgelesen hatte, die Sozialdemokratie habe es stets bekämpft, nämlich wie schriftlich. Nun, Herr Köhner, wie viele schriftliche Bekämpfung ausgehen haben, darüber haben wohl die Zeugenausagen genügend Auskunft gegeben. Ebenfalls aber ist es charakteristisch, wenn ein Mann wie Sie, der so mit der öffentlichen Meinung umzugehen vermag, sich als Bekämpfer der Sozialdemokratie hinstellt. Leider ist es uns infolge Raummangels heute unmöglich, den vollständigen Verhandlungsbericht zu veröffentlichen, aber wir rufen Herrn Köhner, bis morgen zu warten, damit er unseren Bericht an das Leipziger Tageblatt und an die Magdeburgerische Zeitung, für diese zwei Zeitungen er belamlich geht und schreibt, indem kann als Mittel zur schriftlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie.
Vorübergehend beschäftigt im Gastwirtsgebetwe lautet die Umschreibung des Lohnindizes in Wismar man für die Gastwirtsgebetwe eine große Anzahl übertragener sind, und diese Werte, die ohne Sachkenntnis und ohne Berücksichtigung der Verhältnisse und müßten befristet werden. Herr Wismar man wollen. So viel wir aber in Erfahrung gebracht haben, ist der Betroffene selber weder gleich bei der Geburt mit Freid und weißer Weste auf die Welt gekommen, noch hat man irgend etwas an ihm bemerkt, was ihn zu diesem Betrug qualifizieren könnte, sich selbst zu erlernen er als Kaufmann. Er hat sich also selber getroffen, als er die Ausübung gebraucht wie: Krebs haben nicht verstehen, müssen raus. Wenn wieder eine Verammlung tagt, wo Herr Wismar man anwesend ist, wird es ihm noch besser gelogen werden.
Aus dem Bureau des Stadthalters. In der morgigen Aufführung der „Reinhold“ treten in den 3 Hauptpartien Böse auf. Der Hofbuffet Herr Wolff vom Stadthalters in Stettin bedeutet als Guldin. Drei Klauen vom Stadthalters in Stettin bedeutet als Marie und Herr Wismar man sei sein Stadthalters in Wismar. In der auf „Die Reinhold“ folgenden Aufführung „Der Opa“ singt Herr Klauen die Heide. Die übrige Besetzung der Opa bleibt dieselbe, wie in der ersten beständigeren Aufführung. Sonnabend wird die Schauspieler Strotz, die offizielle Frau zum erkennen wiederholt.
Auch bescheidend. Wenn abends in der 7. Stunde verunglückte der Geschäftsführer eines Landwagens um einem nicht entfernten Orte des Saalfeldes hure Gefährdung einer schweren Verletzung. Der Mann wurde auf polizeiliche Anordnung



Beilage zum Volkswacht.

Nr. 242.

Salle u. 2., Freitag den 16. Oktober 1896.

7. Jahrg.

Die Böttberger Mühle hat ihren Arbeitern die volle Koalitionsfreiheit noch nicht gewährt, die Maßregelungen noch nicht rückgängig gemacht und die Sonntagsruhe noch nicht eingeführt.

Vorgeschiedte.

Eine recht kräftige Lebensäußerung des Antisemitismus. Die Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus veröffentlichten ein ihnen von „brennteter Seite“ übermitteltes Schriftstück folgenden Inhalts:

„Brennteter Seite“
Bereiter der Gefinnungs-Geselle!
Nächster Tage erscheint eine Probe- und Agitations-Nummer der Deutsch-Sozialen Blätter in doppelter Stärke und besonders guter Ausstattung. Diefelbe wird die wohlgeleitete Wiedergabe eines alten Kupferstichs, den von Juden im Jahre 1476 an dem Ende Simon zu Trent verübten Blutmord darstellend, bringen. Es laden für diese Nummer eine Reihe hervorragender Parteigenossen Aufsätze geliefert. So z. B.: der Herr Dr. Heubrich, Dr. E. W. Hoffmann u. s. w. Ferner sind in Aussicht genommen worden Beiträge von Herrn Dr. Stille, der Herren Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. B. Förster, Rechtsanwält Dr. Wielhaber, Prof. Dr. J. W. u. s. w.

Gegenüber der gegenwärtigen Ausbreitung der gegenwärtigen Presse, die den Antisemitismus als in unauflöslichem Niedergang begriffen hinstellt, wäre es zweckmäßig, wenn wir wieder einmal eine recht kräftige Lebensäußerung durch massenhafte Schriftverbreitung von uns gäben. — Zu einem solchen Agitationszweck ist die erwähnte Nummer der Deutsch-Sozialen Blätter besonders geeignet, und wir dürfen daher wohl hoffen, daß auch Sie, geehrter Herr Gefinnungs-Geselle, sich der Verbreitung derselben helfen werden. Mit deutschem Gruß Der Herausgeber: W. Webermann v. Sonnenberg, M. d. R., Berlin. Der Verleger: Hermann Meyer, Leipzig.

Das „Anti Anti-Blatt“ bemerkt dazu:
„Besamlich hat der erste Gewährsmann des oben erwähnten „Ritualmordes“, der 1654 verstorbenen Arzt Hippolyt Guarinoni in Hall, erst 1619, also 157 Jahre nach der Verbüßung (!), die Geschichte von allen Seiten gehört. L. Steub sagt in seinen Altpapieren Kulturbilder (Leipzig 1869) ganz kurz: „Ans Jahr 1462 wird der Martertod des kleinen Andreas von Rinn, des Heiligen von Judenstein bei Hall, verlegt, einer Erstfindung, deren Ruhm nach jeglicher Meinung dem Haller Damenarzte Hippolyt Guarinoni, einem 1654 verstorbenen Italiener, gebührt!“

Wenn die Antisemiten durch nichts anderes eine „kräftige Lebensäußerung“ von sich geben können, als durch solchen Blödsinn, so zeigt dies, daß sie am Ende ihres Sanktelpieles angekommen sind.

Die Bäckerei-Verordnung des Bundesrats ist von dem Berliner Schöffengericht als rechtsgültig anerkannt worden. Bekanntlich trägt Bäckemeister König im Auftrage der Berliner Bäckereiverordnung rechtswidrige Uebersetzung der Bäckereiverordnung eine rechtliche Entscheidung projiziert, ob der Bundesrat in diesem Falle innerhalb der ihm durch die Gewerbenovelle gegebenen Vollmacht gehandelt hat. Das Schöffengericht war der Meinung, daß der Vorgesetzte bei der Gewerbenovelle, indem er den Bundesrat zu der Prüfung ermächtigt habe, ob in einzelnen Gewerben die Arbeitsdauer eine übermäßige sei und ob die Gesundheit durch das Uebermaß gefährdet werde, dem Richter das Recht und die Pflicht zur Nachprüfung nicht übertragen wollte. Ob diese Begründung der Entscheidung des Schöffengerichts in den Oberinstanzen anerkannt wird, wird die Zukunft lehren. Es soll nach der Post gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt werden sein.

Die Süddeutsche Volkspartei wählte als Drei des nächsten Parteitag Mannheim.

Zum Empfang des Jahrespreises in Darmstadt. Wie der Zeit aus Darmstadt gemeldet wird, lehnten die evangelische Stadtpfarrkirche die Teilnahme an dem Empfang des Jahrespreises, und die evangelische Kirchenbehörde ihre Mitwirkung an der Serenade im Hinblick auf den feineren Erfolg der Uebertritt der russischen Kaiserin zum russisch-orthodoxen Glauben ab.

Die wohnende Geistlichkeit. Am 1. Januar dieses Jahres waren in Sachsen 372 Stellen mit einem Einkommen von 2100—3000 M., 383 Stellen mit 3000 bis 4000 M., 269 Stellen mit 4000—5000 M., 130 Stellen mit 5000—6000 M., 53 Stellen mit 6000—7000 M., 26 Stellen mit 7000—8000 M., 30 Stellen mit 8000 M. und darüber vorhanden, wobei allenthalben der Wohnungswert oder ein Wohnungsgeld außer Betracht gelassen worden sind. Wer so im Wohlsein sitzt, kann leicht über die Geuntheit und Begehrtheit der Arbeiter schmähen.

Parteitag in Golsa.

2. Verhandlungstag, Dienstag, 13. Oktober.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Schmidt: Fragebogen revidiert das gegen Quard vorgebrachte, hält aber den Vorwurf aufrecht, daß Quard experimentierte ohne die Sache zum Klüßchen gebracht zu haben. Quard habe den Kampf zwischen den Gewerkschaften und der politischen Partei wieder nachgezogen. Daß er als Gegner der Gewerkschaften hingestellt worden sei, das hätte sein temperamentvolles Gemüt empor, in der Agrarkommission habe er den Eindruck empfangen, als übernehme Quard die Arbeit zur des Bundes wegen. Trotz Aufforderung hätte er die Arbeit nicht vollendet, und ihm Schmidt sei es so vorzutragen, als ob ihm die Lohn zu gering sei. Die Partei habe Quard nicht dazu aufgefordert, sonst sei in der Partei ein Vorstoß, und nicht ein Zurückstöß. Quard sei über die Taktik der Partei noch ganz im Unklaren. Weder spielt auf Artikel in der Sozialen Praxis z. an. Die Kaufmännische Presse sei so redigiert gewesen, daß auch Antisemiten der Volkswacht keine einzuwenden sein konnten. Es sei Quard mit der sozialdemokratischen Bewegung nicht ernst genug gewesen. Die Diskussion über die ganze Sache hat Redner für sehr mühsam. Die Diskussion, daß der Ton in der Presse unbillig, und Quard falsch verstanden werde. Was die Vorwürfe gegen die Zeitung des Vorwärts anlangt, so sei auch er der Ansicht, daß die Zeitung des Vorwärts so sehr gebunden sei, in der Agitation sei sie viel besser zu verwenden. Als Mitarbeiter müßte man die Freiheit zu erhalten suchen; die Redaktion soll nach dem Willen der Leipziger Volkswacht eingerichtet werden, vor allen Dingen müßte ein schleuniges Eingehen auf alle Fragen zur Regel gemacht werden.

So lange aber die Redaktion behalte, könne der Vorwärts nicht anders werden.
W. B.: Er würde die Verhältnisse im Vorwärts nicht eingehen, er würde die Sache nicht erörtern, weil er nicht die Freiheit sich auf intime Erörterungen eingelassen hätte. Mit die Freiheit Zustimmung sei ein Mitgliedschaftsbescheid gefaßt worden; er war das Produkt einer Vollage. Aber all diese Sachen sind solcher Art, daß er gar nicht darüber sprechen will, eine Veränderung kann man doch nicht erziehen. Diese Frage hat heute nicht das erste Mal behandelt. Es ist immer die Freiheit gekommen, um so überlegen, noch ungelöst. Mit die Freiheit deutlich auch der Erklärung der Sachl. Mrz.-Stg. nicht beantwortet erklärte er, das habe er getan, um eine Spaltung in der Partei zu verhindern. Das hat kein Parteigenosse nicht, mag er noch so angesehen sein; auch der Behauptung vermag keine Spaltung in der Partei herbeiführen; untere Partei ist sich nicht erziehen, das ist nicht eine Spaltung in der Partei herbeiführen, was allererst hinauszufließen. Er ist für die Ablehnung des Mitgliedschaftsantrages gegen Schmidt in Sachen Quard. Aber wollte man all solche Klagen vor den Parteitag bringen, so könnte man die ganze Zeit damit hindurch führen, bis sich über die Mitgliedschaft nicht entschieden, erst er habe in seiner ersten Rede die persönlichen Epitheta hineingebracht. Vollends unbegründlich ist ihm, wie 20 Delegierte den Antrag haben unterzeichnen können; derselbe erklärt ja die Angriffe in der Gewerkschaftsdebatte für „sachlich ungedreht“, er bedingt also eine Zustimmung zu den Gewerkschafts-Ansichten des Genossen Quard, er könne hierin nichts weiter sagen, als daß er den Antrag einfach abzuhandeln, die Angelegenheit der Neuen Welt ein. Redner geht jetzt auf die Angelegenheit der Neuen Welt ein. Die Verlegung der Redaktion nach dem Druckort sei nicht notwendig, er wisse, wie schwer es sei, einen Redaktor nach Hamburg zu bekommen. Und nun in diesem speziellen Falle: wie kann man die Angelegenheit der Neuen Welt, was man alle literarischen Hilfsmittel, die Worte liegen, es ist ferner aus das entscheidende gegen die Redaktion der Neuen Welt auf acht Seiten. Man bedenke: es hatte sich herausgestellt, daß eine Erhöhung der Sektensahl notwendig sei; man hatte das hierdurch entstehende Defizit auf 25 000 bis 30 000 M. veranschlagt; das hätte man aber nicht zu tun. Jetzt freilich beträgt das Defizit 40 000 Mark. Die Angelegenheit der Neuen Welt ist also 16 000 M. geblieben ist, es müßten also nur 16 000 M. Mehrkosten entstehen. Aber man darf schließlich nicht vergessen: in diesem Defizit steckte auch der Druckgewinn mit 7000 bis 8000 M., und dieser liegt doch schließlich in die Hände zurück. Er beantragte, die Sektensahl nicht zu verringern, sondern eine Kommission zu ernennen, welche die Angelegenheit der Neuen Welt auf 25 000 bis 30 000 M. herabzubringen wird. Da wäre manches zu erwägen, vor allem die Anschaffung von verbesserten technischen Einrichtungen. Was Inhalt und Haltung der Neuen Welt anlangt, so betrachtet er den gegenwärtigen Zustand als eine ganz bedeutende Verbesserung; einzelne Kleinigkeiten, wie die in der neueren Zeit getriebene Arbeit, können vielleicht unbedeutend dem Rufstift zum Opfer fallen. Aber Steiger weiß ja jetzt woran er ist, und er kann ja das ändern, was entsprechende Mißbilligung gefunden. Redner fährt noch das sehr günstige Urteil von Reichhold Rief an über die Verbesserung der Neuen Welt. Daß Steiger einen lächerlichen Stand mit seiner modernen Richtung haben werde, das ist nicht der Fall. Er ist ein vornehmlicher Mensch, er mag die Politik und sozial noch so radikal sein, in der Kunst sind sie hochkonservativ. Das Beispiel mit der Wolke, daß die Freiheit so sehr schön anfing, liegt sich im Sommer doch etwas drastischer. Und nun gar Aristophanes, Lucian u. s. Die Söhne unserer höheren Klassen bekommen das alles anstandslos in der Schule zu lesen; nur für den Arbeiter soll bezügliches unzulässig sein.

Auer: Die Klagen über den Vorwärts sind 25 Jahre alt, sie werden aber jetzt von der Mehrheit der Genossen erhoben, was früher nicht der Fall war. Genosse die Freiheit nicht anders werden, wie er es schon vor ihn hoch, er soll doch nicht an einer Seite stehen, für die seine Individualität nicht hat. Die Freiheit wird als wohl disziplinierter, Genosse die Konsequenzen ziehen. Nun zur Frage Quard. Es ist so viel über den anonymen Artikelredakteur des Vorwärts gesagt worden. Ich will Ihnen jetzt den Verfasser vorstellen. Ich bin es selber. (Gelächter.) Auer: Das müßte ja jeder. Ich sage Ihnen nichts Neues! Die Sache ist, daß die große Mehrheit der Genossen Quard wußte, daß ich der Verfasser der Quard-Artikel war.
Auer: Genosse Quard haben Sie nicht Briefe geschrieben, in denen direkt mein Name genannt war? (Quard: Nur vermutet.) Warum mag ich mich nicht eher genannt haben. Glaubte Genosse Quard, daß ich vor dem Dr. Maximus Quard Angst habe. Nein, Genosse Quard, vor Ihnen fürchte ich mich noch lange nicht. Ich habe mich nur nicht genannt, weil Sie die Redaktionen von Golsa, nach dem Bericht, nicht mehr wollten, und weil ich genau wußte, daß, wenn ich mich nannte, der ganze alte Streit über die Gewerkschaftsfrage wieder entzünden würde. Einen Fall Auer contra Quard wollte ich vermeiden. Redner betreibt, daß in den Vorwärtsartikeln Verleumdungen für Quard enthalten seien. Aber Quard sei es empfindlich, er wolle schon manchen Vorwurf in der Partei erdulden, und er werde nicht über die letzte sein, obwohl er ihm der unangenehmste sei. Er könne keine weiteren Klagen erdulden, einen, der immer schreit, daß man ihm wehe getan. Er brauche einen ganzen Kreis, mit dem er sich ordentlich streiten könne. Er wolle Quard Genußgahrung geben. Wäre man ein Schiedsgericht einberufen und Quard möge sämtliche Richter ernennen. Er müsse sich von jedem Vorwurf frei machen. Redner wendet sich gegen die verlangte Neugründung eines Blattes in Karlsruhe. Die Partei habe für solche Experimente kein Geld. Die Parteifolge sei fast ausschließlich von dem Vorwärts und dem Hamburger Geschäft und den Beiträgen der Berliner und Hamburger Genossen. Die Süddeutschen sollten doch nicht das Geld in die Hände der Partei für Blätter in den Provinzen besetzen zu lassen. (Große Beifälle.)

Dr. Quard: Willst du nicht die nächsten ein paar Delegierte hier annehmen, die Sturm- und Regenstiefel bringen, damit noch mehr so schöne Dinge wie mit meinem Namen gemacht werden können. Genosse Schmidt hat seine Verleumdungen zurückgenommen, ich danke ihm hierfür, man sieht aber, wie leichtfertig ich völlig verantwortungsvoll, der Herr Quard die Presse machen. Mein Vorwurf an Quard ist, daß er die Angelegenheit der Neuen Welt in der Debatte getragen, ich soll das Karneval sein. Die Sache fing aber so an, daß der Vorwärts meine Vorschläge wohl kritisierte, aber sie nicht abgedruckt hat. Auer stellt sich heute als das Lammchen hin, das kein Wölferlein trüben könne. Mein Artikel war durchaus verständig, ich will nicht sagen können, mein Artikel war nicht, wie es die Genossen sagen. Alles was Timm und Schmidt darüber gesagt haben, waren faule Redensarten. Diese Antwort bleibt bestehen. Die Vorschläge sollten übrigens kein Programm sein, ich hatte sie als einfacher Diskussionsredner in einer frankfurter Volksversammlung gemacht. In der Handels- und Gewerkschaftsbewegung habe ich mich streng auf gewerkschaftlichen Boden gehalten, nie die Sozialdemokratie angegriffen, so werde ich es weiter halten. Man sollte nicht sagen, die Handels- und Gewerkschaften hätten ihn hinausgeworfen, wo er doch stets der Recht im Kampfen, sich der Handels- und Gewerkschaftsbewegung widmete. Die ganze Debatte werde wohl eine Lehre für die Menschheit in Zukunft sein. Wenn hier von verächtlichen Erörterungen gesprochen wird, so war das einfach eine Ungeheuerheit. Ich habe noch in einem Briefe Unterstützung von der Partei verlangt, ich freibe auch nicht nach einer Parteifolge, ich fühle mich als freier Schriftsteller sehr wohl. Wie haben ganz andere verachtliche Erörterungen unter uns. Ich habe mich früher, besserer Entkommen aufgegeben, weil mich die Logik zur Partei hinüberzog und mich meine Tätigkeit nicht mehr befriedigte.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen und ein Schlußwort des Referenten Wilmanns.

Die Abstimmung wird zunächst ein Antrag: „Der Vorwärts hat die Leipziger Parteitag-Entscheidung nicht angenommen.“ Es ist abgelehnt. Weiter wird beschlossen, daß Parteimitglieder Annoncen von boykottierten Blättern nicht aufnehmen dürfen. Der Antrag auf Gründung eines Blattes in Karlsruhe wird abgelehnt, dagegen wird beschlossen, daß Annoncen von Arbeitgebern, bei denen es geht, nicht aufgenommen werden.

Die Anträge gegen die Neue Welt werden sämtlich zurückgewiesen.

Ein Antrag, in welchem der „gute Ton in Bolemin“ verlangt wird, findet nicht die Mehrheit. Schließlich wird der Antrag Bebel, die Parteileitung zu beauftragen, zu untersuchen, ob das Defizit der „Neuen Welt“ auf 25 000 Mark herabgebracht werden kann, angenommen.

Es wird nun der dritte Teil des Geschäftsberichts „Die Klassenverhältnisse“ erörtert.

Zu der Diskussion stellt Grenz-Keipig sich, daß die „Leipziger Volkswacht“ nicht verstanden ist, daß sie sich nicht wehrt, obwohl sie bei der Gründung von Berlin sein Geld erhalten habe, in sehr gute Lage befindet. Die Zeitung, die bisher vollständig große Summen verlor, wurde von jetzt ab wieder wie früher selber an die Parteifolge auszuliegen ihre früheren Leistungen sogar noch zu überbieten suchen. (Beifall.)

Dr. Berlin fordert die Parteigenossen im Saale auf, mehr Geld an die Parteileitung abzugeben. Wo sollte schließlich das Geld für Dänen bekommen, wenn sich die Abgeordneten nicht bemehrt? In Berlin ist das Geldverdrängen auch nicht leicht. Nach kurzer Debatte und einem Schlußwort des Parteiführers Gerich wird die Diskussion geschlossen.

Um 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch früh vertagt.

Soziale Uebersicht.

— Von der wirtschaftlichen Lage Japans geben nachfolgende statistische Daten ein ungefähres Bild. Japan hatte zu Anfang dieses Jahres 41 Städte, deren Einwohnerzahl über 10000 Köpfe stark war. An der Spitze standen: Tokio 1 342 100; Osaka 490 000; Kioto 339 800; Nagoya 209 200; Yokohama 170 500; Kobe 161 400; die anderen Städte haben weniger als 100 000 Einwohner.

Das Land hat zur Zeit 54 Eisenbahn-Gesellschaften, deren 2570 (englische) Meilen Linie 84 600 000 Yen (ein Yen gleich etwa 4 M.) kosteten; 1716 Meilen sind im Bau und 114 000 000 Yen kosten. Nicht weniger als 100 neue Gesellschaften sind bei der Regierung um die Erlaubnis für den Bau von weiteren Linien, die zusammen 200 Millionen Yen kosten, eingekommen.

Zu Anfang d. R. gab es in Japan folgende Anzahl von Handels-Gesellschaften, und ihr Kapital betrug:

Gesellschaften	Anzahl	Kapital
Saube	751	73 793 760 Yen
Yamabuta	726	119 550 376 Yen
Handelswirtschaft	78	1 888 665 Yen
Zusammen	1524	205 318 402 Yen

Folgende neue japanische Dampferlinien werden demnächst ins Leben gerufen werden: Kobe und Aomori (via Nagasaki); Osaka und Aomori (via Aomori); Formosa und

Fußball, Swatan, Knoch und Hongkong; eine Formosa-Ritterfahrt.

Die achtstündige Arbeitszeit führte der Konsumverein in Leipzig-Plagwitz am 4. Oktober für die Bäckereiarbeiter ein. Der Verein arbeitet in seiner Bäckerei mit sieben doppelfarbigen Dampfbacköfen, die mit Ausnahme der Sonntage ununterbrochen geheizt werden und die achtstündige Arbeitszeit möglich machen.

Arbeitszeit vermindert. Die Urenfabrik von Mauer, Pfaff und Waser in Wilmings (Walden) hat vor Jahresfrist freiwillig und ohne Lohnreduktion die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Andere Fabriken sind jetzt diesem Beispiele gefolgt.

Uebervorteilung der Weber durch betrügerische Messen. In Gera, Greiz, Krimmitschau und Kirchberg klagen die Weber einzelner Fabriken, daß die Stücke länger sind, als es aus dem Lieferchein angegeben, und daß das überzählige Maß nicht mit bezahlt wird.

Veranstaltungsbericht.

Delitzsch. Am vorigen Sonnabend tagte in Delitzsch im großen Gasthaus eine öffentliche Volks-Verammlung mit folgender Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage in der Gegenwart; insbesondere der Kampf gegen die Wollberger Mühle.

Als Referent war Genosse Albrecht aus Halle erschienen und führte ungefähr folgendes aus: Während früher vor Jahren das Wort Streik oder Boykott als ein Fremdwort galt, während man früher sich permitzt, ob dieses oder jenes Heilmittel in der Strafe hängen sollte oder ob die Frau eine Seele habe, ob sie einmal in den Himmel hinein dürfe, während früher während der spanischen Inquisition die scheinlichen Orwellsen und Verbrechen begangen wurden, dann bei dem gegenwertigen der Fanatismus wieder Drogen feierte, immer und dem Schutze der Staatsgewalt macht man heute der Sozialdemokratie Vorwürfe, ob ihres Atheismus.

Die Besichtigung der Dienstboten. Durch eine Reichsgerichtsverhandlung wurde kürzlich der folgende Fall bekannt, daß eine Herrschaft ihrem Dienstmädchen Sped zu essen zumute, den vorher der Dienstherr zur Einberung eines Haiselobens auf dem Saße getragen hatte. Daß diese Unappetitlichkeit durchaus keine ausnahmsweise Erscheinung ist, beweist ein anderer Fall, der durch eine Briefnotiz im Sozialistischen Anzeiger bekannt wird.

Die Besichtigung der Dienstboten. Durch eine Reichsgerichtsverhandlung wurde kürzlich der folgende Fall bekannt, daß eine Herrschaft ihrem Dienstmädchen Sped zu essen zumute, den vorher der Dienstherr zur Einberung eines Haiselobens auf dem Saße getragen hatte. Daß diese Unappetitlichkeit durchaus keine ausnahmsweise Erscheinung ist, beweist ein anderer Fall, der durch eine Briefnotiz im Sozialistischen Anzeiger bekannt wird.

und wiederum werden durch gemißt und beauftragt, alle weiteren Schritte in dieser Angelegenheit zu thun.

Hierauf wird die Versammlung mit einem draußen dreifachen Koch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen. A. H.

Aus dem Reich

Berlin. Ein Nachzügler zum Hammersteinprozess. Ueber den ehemaligen Gefeßredakteur der Kreuz-Ztg. Freiherz von Hammerstein, hat am 1. Oktober d. J. im Reichsamt freifinigen Goldminen, Franz Heiler, der Vorigen Reichsamtwalt seine Mitteilungen gemacht, wonach sich Herr d. Hammerstein schon vor sechs Jahren als Vorigen beim Vorkaufstratsmitglied der Vogel Versicherungs Gesellschaft, Borussia Unregelmäßigkeiten zu schänden kommen ließ, die nur die Entlastung Hammersteins als Mitglied des Aufsichtsrats dieser Gesellschaft zur Folge gehabt, aber mit Recht vor dem Staatsanwalt gehört hätten.

Wahlhausen. Man wird sich des von hier stammenden Garbigen Brodler erinnern, der sich beharrlich weigerte, die Waffen zu zerlegen. Zwei Jahre hind hat er sich verweigert, seit der Mann zum Militär einberufen wurde, und während dieser Zeit hat er seine Weigerung wegen seiner Unfähigkeit verweigert, anzuseh eine solche von 6 Monaten mit erlaubter Einstellung. Jetzt sind die mit ihm ausgehobenen wieder eingetauscht, er aber muß noch 1 Jahr in Spandau abtun. Besser als alle Strafen wäre hier Aufklärung des jungen Mannes am Platze.

Vermischtes.

Die Besichtigung der Dienstboten. Durch eine Reichsgerichtsverhandlung wurde kürzlich der folgende Fall bekannt, daß eine Herrschaft ihrem Dienstmädchen Sped zu essen zumute, den vorher der Dienstherr zur Einberung eines Haiselobens auf dem Saße getragen hatte. Daß diese Unappetitlichkeit durchaus keine ausnahmsweise Erscheinung ist, beweist ein anderer Fall, der durch eine Briefnotiz im Sozialistischen Anzeiger bekannt wird.

Litteratur.

Wozu lebst Du? Von Simon Dykstein. Mit einem Nachwort von Georg Brandt. Berlin S., Verlag von Hans Baake, 32 Seiten. Preis 10 Pf.

Grunlage durch die Arbeiter geändert wird. Die Befehung kann nach dem Wert der organisierten Arbeiter sein, und das Schriftchen schließt mit der Aufforderung an diese, sich zu vereinigen. Nur in der Vereinigung liegt das Ziel, nur aus der Vereinigung kann ein Sieg hervorgehen.

Die Broschüre, (sprich in hohem, eindringlichem Tone, sie hält sich in ihrer Wirkung frei von jeder Wankendheit, der überflüssige Fremdwort ist vermieden.

Der Wunsch, neue Agitationsbrochüren zu erhalten, die aber so gut wie die alten sein müssen, ist in unserer Partei weit verbreitet. Diese hier hat in ihrer Urfassung unter den wackeligen Genossen die besten Dienste bei ihrer Agitation unter den unangewiesenen Mann geleistet. In ihrer Uebersetzung ins Deutsche unter Anspornung an unsere Verhältnisse verdient sie vor allem die Aufmerksamkeit derjenigen Genossen, die sich die Agitation unter dem und noch fernliegenden Stadt und Landproletariat angelegen sein lassen.

Ständsammlige Nachrichten.

Safr. 13. Oktober. Aufgehoben: Der Bäckermeister Max Abel und Margarete Bonstedt (Mittelwalle und Mittelstraße 4). Der Handelsmann Eduard Bippinger und Luise Gedeelman (Spitze 13 und alter Markt 16).

Geschließungen: Der Korrespondent Friedrich Schwärze und Luise Amann (Mittelstraße 16 und Streiberstraße 24). Der Sämigle Morad Seifund und Clara Walter (Friedrichstraße 29 und Erlurt).

Geborenen: Dem Fabrikarbeiter Otto Steller ein S. Otto David (Schillerstraße 10). Dem Volkschirurgen Franz Järdle eine T. Margarete Clara (Mittelstraße 17). Dem Sandarbeiter Georg Eberhardt ein S. Michael Laurentius (Ratzeburger 16).

Geborenen: Dem Fabrikarbeiter Otto Steller ein S. Otto David (Schillerstraße 10). Dem Volkschirurgen Franz Järdle eine T. Margarete Clara (Mittelstraße 17). Dem Sandarbeiter Georg Eberhardt ein S. Michael Laurentius (Ratzeburger 16).

Geburtsnachrichten.

Aufgehoben: Der Gestaltmeister Hermann Max Krahnhold und Amalie Selma B. (Königstr. 10) und Geborenen: Der Sandarbeiter Karl Selmer und Minna Wädicke (Eichenborfstraße 2).

Geborenen: Dem Fabrikarbeiter F. A. Gienm uger ein S. August Wilhelm Karl (gr. Brunnentstraße 9). Dem Maurer G. Jünemann ein S. Friedrich Max (Königsstraße 20).

Aufgehoben: Der Bauarbeiter Friedrich Eduard Friederich Föhrer und Wilhelmine Luise Margarete Sommer. Der Korrespondent Friedrich Hermann Schlegel und Wilhelmine Marie Martha Luise Sunand.

Geborenen: Eine unehel. L. Martha Hedwig. Geborenen: Des Maurer Friedrich Ferdinand Bröndle L. 2 Mon. 17 T.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Brandt in Halle

Louis Kuhne Internationales Etablissement für arzneilose und operationslose Heilmittel, Leipzig. Begründet am 10. Oktober 1883, erweitert 1892. Rat und Auskunft in allen Krankheitsfällen, auch brieflich, soweit es möglich ist.

C. Hammer, Revisorische Wirtl. und Brauerei, Leipzig. Die spitzerstraße 42. Mittel-Revisorische Wirtl. S. Siben, mit Gehobend 10 M., Damenturen 12 M., Revisorische Wirtl. S. Siben, gebend 12 M., Revisor 2.50 M.

Bettfedern, Eduard Graf, Halle 11. Erfährtes Bettfed.-Spez.-Gesch. neben Spindler's Färberei.

Konzerthaus. Schönen großen Saal mit Parkett-Fußboden, sowie große schöne Vereinszimmer mit Reservieräumen halte bestens empfohlen.

Möbelabrik und Magazin 31 Pfeifferstraße 31. Empfehle mein großes Lager anerkannt gut löst gearbeiteter Möbel- und Polsterwaren der Zeit anpassend zu billigen Preisen.